

21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

7./8. Dezember 2002, Hannover, Eilenriedehalle

Grüne

Beschluss

Haushalt 2003

Haushaltsabschluss 2001



◆ **Antrag des BundesvorstandSeite 5**

◆ **Haushaltsplanung 2003**

Vorwort.....Seite 5-6

◆ **Haushalt 2003Seite 7**

Der Haushalt 2003 im Überblick Seite 7

Erläuterungen zum Entwurf EinnahmenSeite 8-9

Ausgaben im Detail Seite 10

Erläuterungen zum Entwurf AusgabenSeite 11-12

Stellenplan 2003 Seite 13

◆ **Mittelfristige Planung 2002 - 2008Seite 14**

Mittelfristige Planung 2000 - 2008 Seite 14

Erläuterungen.....Seite 15-16

◆ **Abschluß 2001Seite 17**

Der Überblick.....Seite 17-18

Haushaltsabschluß 2001 Soll – Ist Seite 19

◆ **Zur Vermögenssituation der Partei Ende 2001**

Übersicht 2000/2001 Bundespartei..... Seite 20

Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei Ende 2001..... Seite 21

15.11.2002

Dorothea Bagheri, Dietmar Strehl

Antrag an die BDK in Hannover:

AntragstellerInnen: Bundesvorstand und Bundesfinanzrat

Anmerkung: Der Bundesfinanzrat hat den Entwurf auf seiner Sitzung am 16.11.2002 mit großer Mehrheit bei 3 Nein- Stimmen beschlossen.

Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Haushalt 2003 wird wie vorgelegt beschlossen:

Vorwort

"Als Folge dieser Eckdaten müssen wir davon ausgehen, dass der Bundesverband ein strukturelles Defizit von mindestens 450.000 DM jährlich hat. Eine Umverteilung von unten nach oben haben wir für die nächsten Jahre ausgeschlossen." (Aus der Haushaltsvorlage 2002 BDK Rostock)

So schlimm ist es nicht gekommen, da wir aufgrund eines eines sehr engagierten Wahlkampfes und einer hohen Geschlossenheit in der Partei ein Ergebnis zur Bundestagswahl erhalten haben, was sich viele von uns nicht vorstellen konnten. Diese 8,6 % haben auch finanzielle Auswirkungen, die die angespannte Finanzlage der Bundespartei zwar nicht grundsätzlich behebt, jedoch harte Schnitte nicht notwendig machen. Wir haben uns für die Möglichkeit entschieden, aufbauend auf den Erfahrungen im Wahlkampf, die Arbeitsstrukturen auf Bundesebene in Teilen weiter zu verbessern. Wir sind uns auch einig, dass wir die Rücklagen für die Europawahl und die nächste Bundestagswahl erhöhen müssen.

Gleichzeitig hält sich der Bundesvorstand an seine Aussage, die Beitragsumlage nicht zu erhöhen und auch die staatliche Finanzierung jetzt nicht neu zu verteilen. Aufgrund der höheren staatlichen Mittel können auch die Landesverbände schon für das Jahr 2002 (mit Auszahlung zum 15.2.2003) mit besseren Einnahmen rechnen.

Bei aller Freude über das hervorragende Wahlergebnis bleibt aber festzuhalten; die letzten verlorenen Landtagswahlen und die Europawahl 1999 haben weiterhin deutliche Einbußen bei der staatlichen Finanzierung aufgrund der Wählerstimmen zur Folge. Bei den Spenden unserer Mitglieder hatten wir einen spürbaren Einbruch, insbesondere auf kommunaler Ebene wegen der verlorenen Kommunalwahlen. Hier sind viele unserer treuesten SpenderInnen aus den Räten herausgewählt worden. Ein zusätzliches Problem: Die Mitgliederzahlen sind um 8.000 niedriger als Ende 1998, das macht 750.000 Euro an Beiträgen weniger pro Jahr. In der Summe gehen wir beim jetzigen Stand der Eckdaten von mindestens 1.8 Mio Euro für das Haushaltsjahr 2003 weniger an Einnahmen aus als im Jahr 1998.

Für uns ist damit die Aufgabenstellung klar: wir brauchen mehr Mitglieder und müssen auch die künftigen Landtagswahlen und besonders die Europawahl mit ähnlich guter Vorbereitung zu gleichem Erfolg führen.

Mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan sind hierfür die Werkzeuge finanzierbar. Im Stellenplan sind Umschichtungen vorgenommen worden, die insbesondere die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Die interne Kommunikation über das Extranet kann damit ebenfalls zum Nutzen der Kreis- und Ortsverbände fortgeführt werden. Die Zuarbeit für den Bundesvorstand wird nicht gekürzt, wie ursprünglich vorgesehen. Die Sekretariate bleiben jeweils auf einer ganzen Stelle.

Die langjährige Zusammenarbeit mit "kompaktmedien" wird fortgeführt: Allerdings gibt es bei den Medien eine Veränderung. Der Schrägstrich wird nur noch 4 mal pro Jahr erscheinen. Die Mittel, die dabei eingespart werden, werden in die Redaktion für unsere homepage www.gruene.de investiert. Die Aktualität, die wir im Wahlkampf erreicht haben, soll auf ähnlichem Niveau erhalten bleiben.

Wir haben mit unserer Agentur "Zum goldenen Hirschen" einen weiteren Vertrag abgeschlossen. Zum ersten Mal in der grünen Parteigeschichte arbeiten wir damit auch außerhalb der engeren Wahlkampfzeit mit einer Werbeagentur zusammen. Als ersten Schritt dieser Zusammenarbeit wollen wir um neue Mitglieder werben.

Der Haushaltsrahmen auf Bundesebene geht um knapp 100.000 Euro zurück, Hauptgrund ist die Entscheidung, im Jahr 2003 nur zu einer ordentlichen BDK einzuladen. Nach 4 BDK'en im Jahr 2002 erscheint uns das aber angemessen.

Wir haben eine große Kraftanstrengung zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Wir haben im Wahlkampf nicht nur von Unternehmen, sondern auch im hohen Maße von grünen Mitgliedern Spenden erhalten. Und wir haben von den Landesverbänden zur Finanzierung des Wahlkampfes Zuschüsse in nicht geringem Maße erhalten. Der Bundesverband ist weiterhin auf die Unterstützung von Mitgliedern und Verbänden angewiesen.

Mit dem jetzt vorgelegten Haushalt 2003 wollen wir die Grundlage dafür schaffen, die guten Erfahrungen im Bundestagswahlkampf 2002 fortführen zu können.

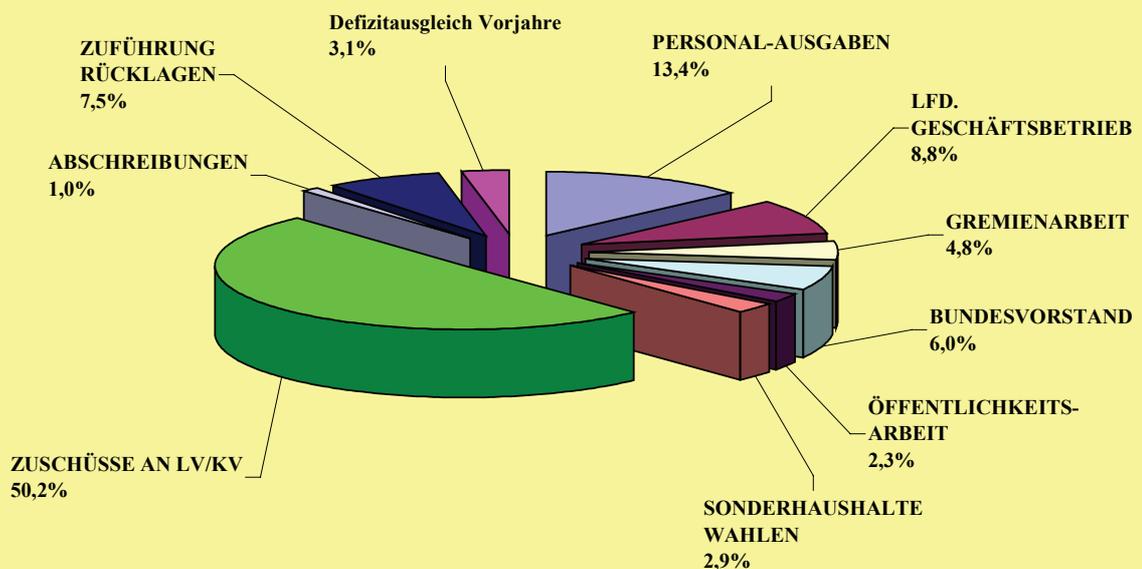
Hierfür bitte ich Euch um Eure Zustimmung.

Dietmar Strehl
im November 2002

Der Haushalt 2003 im Überblick

Zusammenfassung	2001 Ist in Euro	2002 Plan nach BTW und Indexerhöhung	2003 Plan in Euro	Differenz zum Plan 2002
2 EIGENEINNAHMEN	2.243.701 €	3.642.130 €	2.673.600 €	-968.530 €
9 STAATLICHE FINANZIERUNG	6.608.826 €	7.551.781 €	7.551.781 €	0 €
12 AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0 €	1.728.167 €	300.000 €	-1.428.167 €
1 EINNAHMEN	8.852.526 €	12.922.077 €	10.525.381 €	-2.396.696 €
	IST 2001 in Euro	Plan 2002 in Euro	Plan 2003 in Euro	Differenz zum Plan 2002
17 PERSONALAUSGABEN	1.248.601 €	1.305.840 €	1.410.000 €	104.160 €
20 LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	858.149 €	935.383 €	925.092 €	-10.291 €
35 GREMIENARBEIT	1.042.581 €	774.454 €	509.000 €	-265.454 €
42 BUNDESVORSTAND	582.512 €	617.595 €	632.184 €	14.589 €
45 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	185.591 €	194.291 €	240.000 €	45.709 €
53 SONDERHAUSHALTE WAHLEN	339.709 €	3.592.317 €	300.000 €	-3.292.317 €
56 ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	4.626.179 €	4.964.133 €	5.286.247 €	322.114 €
49 ABSCHREIBUNGEN	84.035 €	84.363 €	100.000 €	15.637 €
59 ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	485.727 €	628.889 €	790.000 €	161.111 €
62 Defizitausgleich Vorjahre			331.402 €	331.402 €
16 AUSGABEN	9.474.553 €	13.097.265 €	10.523.925 €	-2.573.340 €
Gewinn u. Verlust	-622.027 €	-175.188 €	1.456 €	176.644 €

Ausgaben Bundespartei 2003



Erläuterung der Einnahmen

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Bundesverband Haushalt 2003				
	<i>2001 Ist in Euro</i>	<i>2002 Plan nach BTW und Indexerhöhung</i>	<i>2003 Plan in Euro</i>	<i>Differenz zum Plan 2002</i>
1 EINNAHMEN	8.852.526 €	12.922.077 €	10.525.381 €	-2.396.696 €
2 EIGENEINNAHMEN	2.243.701 €	3.642.130 €	2.673.600 €	-968.530 €
3 Mitgliederbeiträge	1.401.569 €	1.366.504 €	1.407.600 €	41.096 €
4 Spenden der Abgeordneten	630.290 €	591.373 €	780.000 €	188.627 €
5 Sonstige Spenden	202.267 €	1.088.597 €	400.000 €	-688.597 €
6 Mieteinnahmen	0 €	69.024 €	71.000 €	1.976 €
7 Vorgriff 2003 Indexerhöhung	0 €	153.388 €		-153.388 €
8 Sonstige Einnahmen/ Zuschüsse LV`e	9.575 €	373.243 €	15.000 €	-358.243 €
9 STAATLICHE FINANZIERUNG	6.608.826 €	7.551.781 €	7.551.781 €	0 €
10 Grundfinanzierung Bund	1.982.647 €	2.587.648 €	2.265.534 €	-322.114 €
11 Grundfinanzierung Länder	4.626.179 €	4.964.133 €	5.286.247 €	322.114 €
12 AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0 €	1.728.167 €	300.000 €	-1.428.167 €
13 Wahlkämpfe	0 €	1.636.134 €	300.000 €	-1.336.134 €
14 Sonstige Rücklagen	0 €	92.033 €	0 €	-92.033 €
15	0 €	0 €	0 €	0 €

A: Eigeneinnahmen1.) Zeile 3 **Mitgliederbeiträge**

Im Jahre 2001 hatten wir zum Jahresende 44.053 Mitglieder. Aufgrund der hohen Eintrittszahl seit der Bundestagswahl können wir realistisch annehmen, dass wir im Jahresdurchschnitt 2003 wieder auf 46.000 anwachsen. Eine Werbekampagne soll dieses Ziel unterstützen. Eine Veränderung der Umlage ist nicht geplant.

2.) Zeile 4 und 5 **Spenden:**

Im Ansatz sind jetzt bei den Spenden der MDB's und MDEP's mehr eingestellt, da wir aufgrund des Wahlergebnisses 8 Abgeordnete mehr im Bundestag haben. Die eing geplante Gesamtsumme von den MDB's beträgt dann 720.000 Euro und aus Europa 60.000 Euro. Bei den Spenden von Unternehmen und Privatpersonen gehen wir von 200.000 Euro mehr aus als 2001, allerdings deutlich weniger als im letzten Jahr. Unsere Erfahrungen im Wahlkampf sind hierfür eine optimale Voraussetzung. Wir gehen auch weiterhin von der finanziellen Unterstützung unserer Mitglieder durch Spenden an die Bundespartei aus. Spenden, die über den Ansatz hinausgehen, werden für die Wahlkämpfe zurückgelegt.

3.) Zeile 6 **Mieteinnahmen**

Etwa 500 qm der Bundesgeschäftsstelle ist vermietet.

4.) Zeile 8 **Sonstige Einnahmen:**

In den Jahren 1999 bis 2001 waren die Sonstigen Einnahmen insbesondere wegen Verkäufen von EDV, Büromöbeln nach dem Umzug und Auflösung von Rückstellungen höher als erwartet. Wir gehen jetzt wieder von dem üblichen Durchschnitt von 15.000 Euro aus.

B. Staatliche Mittel

5.) Zeile 10 - 11 **staatliche Grundfinanzierung:**

Zum ersten Mal seit 4 Jahren können wir hier wieder eine Steigerung verzeichnen. Das liegt zum Einen an der Anpassung der absoluten Obergrenze (Indexerhöhung) bei der staatlichen Parteienfinanzierung zum anderen an unserem hervorragenden Wahlergebnis von 8,6%. In der Konsequenz erhalten wir auf Bundesebene in etwa den gleichen Betrag wie 1998 (vor der Europawahl), aufgrund der schlechteren Landtagswahlergebnisse haben aber die Länder nach wie vor geringere Einnahmen aus staatlichen Mittel, und zwar etwa 550.000 Euro weniger.

Geändert hat sich auch der Schlüssel für die Verteilung auf die Parteien:

Für jede Stimme gibt es jetzt **0,70 Euro** (vorher 1,- DM), aber:

Jede Partei erhält für die ersten 4 Mio Stimmen (Europa, Bund, Länder) **0,85 Euro** (vorher für 5 Mio Stimmen 1,30 DM)

Für jeden eingeworbene Spenden/BeitragsEuro gibt es **0,38 Euro** (bis zu einer jährlichen Zuwendungssumme von 3.300 Euro. (vorher 0,50 DM pro 1,- DM)

Die absolute Obergrenze wurde auf **133 Mio Euro** festgesetzt. (Vorher 245.000.000 DM)

In der Konsequenz haben die Wahlen wieder eine höhere Bedeutung bekommen, in etwa werden die 133 Mio Euro zur Hälfte aufgrund der Spenden/Beiträge und zur Hälfte aufgrund der Wahlergebnisse ausgezahlt.

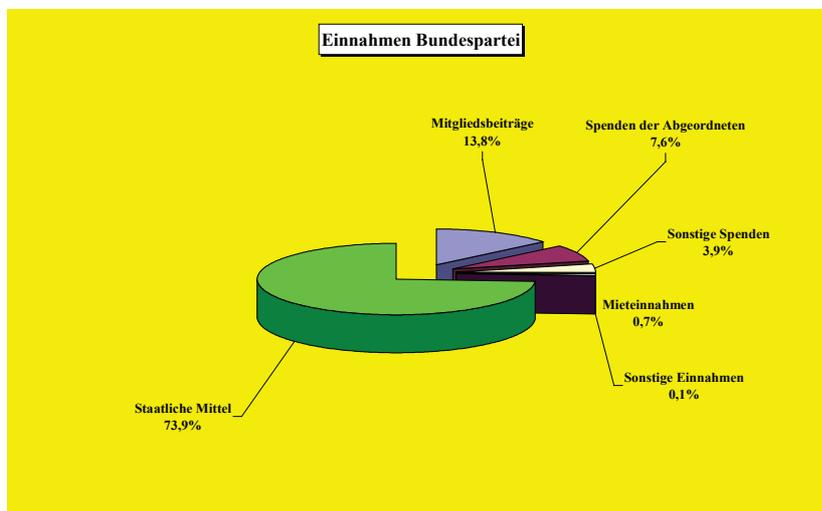
Anmerkung: Bundesvorstand und Bundesfinanzrat haben sich verständigt, die Indexerhöhung der absoluten Obergrenze im Jahr 2002 komplett dem Bundesverband zur Refinanzierung des Haushaltes 2002 zu überlassen. Damit ist der Beschluß, für 3 Jahre je 300.000 DM vorweg an die Bundesebene zu zahlen, erledigt.

Ab 2003 gilt wieder die 30 zu 70 Verteilung.

C. Auflösung Rücklagen

6.) Zeile 13 **Wahlkämpfe**

Für die 2,5 - tägige Europabdk im November 2003 werden 300.000 Euro aus dem geplanten Wahletat zur Europawahl entnommen.



	2001 Ist in Euro	2002 Plan nach BTW und Indexerhöhung	2003 Plan in Euro	Differenz zum Plan 2002
16 AUSGABEN	9.474.553 €	13.097.265 €	10.523.925 €	-2.573.340 €
17 PERSONALAUSGABEN	1.248.601 €	1.305.840 €	1.410.000 €	104.160 €
18 BGST Berlin	1.191.798 €	1.262.892 €	1.365.000 €	102.108 €
19 Sonstige Personalkosten	56.804 €	42.949 €	45.000 €	2.051 €
20 LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	319.128 €	349.928 €	324.000 €	-25.928 €
21 Hauskosten BGST/Versand	77.327 €	76.898 €	77.000 €	102 €
22 Bürobetriebskosten	64.990 €	71.070 €	70.000 €	-1.070 €
23 Telefon, Telefax	43.417 €	45.505 €	40.000 €	-5.505 €
24 Porti	21.391 €	33.234 €	25.000 €	-8.234 €
25 Rechtskosten	1.755 €	6.136 €	5.000 €	-1.136 €
26 Wirtschaftsprüfer	7.668 €	7.158 €	8.000 €	842 €
27 Versicherungen	16.827 €	12.782 €	16.000 €	3.218 €
28 Kfz-Betriebskosten	3.012 €	0 €	0 €	0 €
29 Informationskosten	57.421 €	66.468 €	60.000 €	-6.468 €
30 Bewirtung/Repräs.	2.084 €	5.113 €	3.000 €	-2.113 €
31 Sonstiges	1.107 €	15.339 €	10.000 €	-5.339 €
32 A.o.Ausgaben	22.128 €	10.226 €	10.000 €	-226 €
33 Zinsbelastung Kredite(Länder/Bank)	69.227 €	84.363 €	100.000 €	15.637 €
34 Hauskosten/Zinsen Berlin	469.794 €	501.092 €	501.092 €	0 €
35 GREMIENARBEIT	1.042.581 €	774.454 €	509.000 €	-265.454 €
36 Tagungen	661.566 €	393.030 €	127.000 €	-266.030 €
37 Aufwand BAGs	99.473 €	116.575 €	117.000 €	425 €
38 Aufwand Sonstige	35.427 €	25.565 €	25.000 €	-565 €
39 Mitgliederzeitung	124.621 €	119.131 €	70.000 €	-49.131 €
40 Internet	24.348 €	23.008 €	70.000 €	46.992 €
41 Jugendverband	97.145 €	97.145 €	100.000 €	2.855 €
42 BUNDESVORSTAND	582.512 €	617.595 €	632.184 €	14.589 €
43 Personal Bundesvorstand (6 Pers.)	428.768 €	464.208 €	482.184 €	17.977 €
44 Aufwand BUVO/Parteirat/Fachkom.	153.744 €	153.388 €	150.000 €	-3.388 €
45 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	185.591 €	194.291 €	240.000 €	45.709 €
46 Aktionshaushalt BUVO	178.881 €	173.839 €	140.000 €	-33.839 €
47 Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit		0 €	80.000 €	80.000 €
48 Aktionshaushalt BAGs	6.710 €	20.452 €	20.000 €	-452 €
49 ABSCHREIBUNGEN	84.035 €	84.363 €	100.000 €	15.637 €
50 Büroausstattung	74.410 €	63.911 €	85.000 €	21.089 €
51 Inforderungen/Sonstige	9.625 €	20.452 €	15.000 €	-5.452 €
52 SUMME REGELM. AUSGABEN	4.022.938 €	3.911.926 €	3.816.276 €	-95.650 €
53 SONDERHAUSHALTE WAHLEN	339.709 €	3.592.317 €	300.000 €	-3.292.317 €
54 Sonderetat Bundestagswahl 2002	339.709 €	3.592.317 €		-3.592.317 €
55 Sonderetat Europawahl 2004			300.000 €	300.000 €
56 ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	4.626.179 €	4.964.133 €	5.286.247 €	322.114 €
57 Grundfinanzierung	4.626.179 €	4.964.133 €	5.286.247 €	322.114 €
58 Sonstige Zuschüsse	0 €	0 €	0 €	0 €
59 ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	485.727 €	628.889 €	790.000 €	161.111 €
60 Wahlkämpfe	424.372 €	613.550 €	725.000 €	111.450 €
61 Sonderrücklagen BDK/Renovierung	61.355 €	15.339 €	65.000 €	49.661 €
62 Defizitausgleich Vorjahre			331.402 €	331.402 €
63 2001			178.015 €	178.015 €
64 Ausgleich Vorgriff 2002			153.388 €	153.388 €
65 Etat - Ausgleich	-622.027 €	-175.188 €	1.456 €	176.644 €

Erläuterung der Ausgaben

D: Personalausgaben

7.) Zeile 18 **BGST - Stellenplan**

Der Rahmen des Stellenplanes wird im Vergleich zum Plan 2002 nur geringfügig angehoben: und zwar um **60.000 Euro**. Hiervon sind etwa 30.000 Euro Tarifsteigerung, weitere 10.000 Euro Steigerung aufgrund der Alterszulage im öffentlichen Dienst, weitere 8.000 Euro Kosten aufgrund der Veränderungen bei der Rentenversicherung.

Im Haushaltsplan beträgt die Erhöhung ca 100.000 Euro, da die halbe Stelle Sekretariat pol. Ges und die Aufstockung Telefondienst aus dem Wahletat finanziert wurde.

8.) Zeile 20 **Sonstige Personalkosten:**

Der Fahrtkostenzuschuß pro MitarbeiterIn beträgt 27 Euro im Monat. Weiterhin fallen folgende sonstige Personalkosten an:

Unfallberufsgenossenschaft 8.000 Euro Aushilfen für Verschickungen/PraktikantInnen 17.000 Euro, Stellenanzeigen und Weiterbildung 10.000 Euro.

E: Laufender Geschäftsbetrieb:

9.) Zeile 21 **Hauskosten BGST/ Versand**

Neben der Miete für den Versand von 36.000 Euro sind hier auch die Energiekosten sowie ca. 21.000 Euro für die Reinigung der Geschäftsstelle enthalten.

10.) Zeile 22 **Bürobetriebskosten**

Der größte Posten sind die Kopierkosten mit etwa 41.000 Euro. Büro - und EDV Material machen weitere 22.000 Euro aus. Für zusätzliche Layoutkosten sind wie im Vorjahr 5.000 Euro eingestellt.

11.) Zeile 26 - 32 Rest **laufender Geschäftsbetrieb**

Da es kein Wahljahr ist, gehen wir in allen Positionen von geringeren Ansätzen aus.

12.) Zeile 33 **Zinsbelastung Kredite**

Zum Jahresbeginn gehen wir von 3,1 Mio Euro Kreditbedarf aus. Mit der Auszahlung der höheren staatlichen Mittel für das Jahr 2002 am 15.2. 2003 wird dieser Kreditbedarf auf **2,5 Mio Euro** fallen. Zum Ende des Jahres werden etwa 1,9 Mio Euro gebraucht werden. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,5 % entstehen Zinsbelastungen von 100.000 Euro. Ein großer Teil dieser Kredite wird von den Kreis - und Landesverbänden eingebracht.

13.) Zeile 34 **Hauskosten/Zinsen für Bankkredite**

Die Kreditaufnahme für die Immobilie betrug 6,38 Mio Euro. Hieraus entstehen jährliche Kosten für Zinsen und Tilgung in Höhe von 470.000 Euro. Der Stand der Immobilienkredite zum Jahresende 2002 wird 6,08 Mio Euro sein.

Weitere 28.000 Euro werden für die Grundsteuer und andere Nebenkosten eingestellt.

Durch die Vermietung von Teilen des Hauses werden 69.000 Euro (siehe Einnahmeposition 3) eingenommen.

F: Gremienarbeit

14.) Zeile 36 Tagungen

Die BDK im November 2003 in Dresden wird aus dem Etat Europawahl gezahlt. Die Kosten für Büro Grün betragen 60.000 Euro. Wir machen den Vorschlag, in diesem Jahr keine Frauenkonferenz zu machen, dafür aber den Ansatz für 2004 zu erhöhen.
Weitere Kosten: zwei Frauenräte a 10.000 Euro, sowie die Finanzräte und andere Gremien mit 7.000 Euro ,sowie 2 Länderräte a 20.000 Euro. .

15.) Zeile 39 - 40 Mitgliederzeitung/Internet

Im Etattitel gibt es eine Umwidmung zugunsten der Arbeit im Internet. Die Redaktionsbetreuung wird erhöht, sodass wir in etwa das Niveau des Wahlkampfes halten können. Der Schrägstrich als Mitgliedermagazin wird erhalten, aber nur 4 mal im Jahr erscheinen.

G: Bundesvorstand und Öffentlichkeitsarbeit

16.) Zeile 42 Personal Bundesvorstand

Die Erhöhung ergibt sich aus den Tarifen im Öffentlichen Dienst. Steigerung 2,4% Eventuelle Einsparungen aufgrund der Beschlüsse der BDK werden zugunsten der Rücklagenbildung für Wahlkämpfe eingestellt.

17.) Zeile 46- 48 Aktionshaushalt Buvo und BAG`en

Der Aktionshaushalt wird insgesamt um 45.000 Euro erhöht, insbesondere haben wir die erfolgreiche Arbeit mit der Agentur "Zum goldenen Hirschen" verlängert.

H: Wahlhaushalt, Zuführung Rücklagen

18.) Zeile 55 Sonderetat Europawahl 2003

Die BDK im November wird aus diesem Etat finanziert.

19.) Zeile 60, 61 Rücklagenbildung

Für die beiden Wahlen 2004 und 2006 werden jetzt 725.000 Euro zurückgelegt. 50.000 Euro sind gemäß Beschluß des Bundesfinanzrates jährlich für eine eventuelle Sonderbdk eingestellt. 15.000 Euro werden als Rücklage für Renovierungsarbeiten an der Geschäftsstelle gespart.

I: Defizitausgleich Vorjahre

20.) Zeile 63 Defizit 2001

Ein neues Verfahren haben wir gemeinsam mit dem Bundesfinanzrat eingeführt. Defizite im Haushaltsvollzug werden im übernächsten Haushaltsjahr eingestellt, um damit zu gewährleisten, dass das Vermögen der Bundespartei auf einem stabilen Stand bleibt.

21.) Zeile 64 Ausgleich Vorgriff 2002

Zur Finanzierung des Wahlkampfes 2002 waren noch 300.000 DM aus dem Haushaltsjahr 2003 (Indexerhöhung) eingeplant. Dieser Betrag wird hier als Ausgabe aufgenommen.

Stellenplan

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BUNDESVERBAND * PERSONALKOSTEN 2003				A4	
Stand 8.11.2002 Beschluß Bundesvorstand					
			<i>Tarif</i>	2003	2002
				<i>Umfang</i>	<i>Umfang</i>
	Tariferhöhung 2,4 %	ab 1.9.2002 noch offen			
	weitere 2%	ab 1.9.2003 noch offen			
1	Bundesgeschäftsführung	Organisatorische GeschäftsführerIn	BAT 1A	1,00	1,00
2		Assistentin Geschäftsführung	BAT 5B	1,00	1,00
3	Allgem.Geschäftsbereich	Sachbearbeitung Intranet/EDV	BAT 4B	1,00	1,00
4 neu		Sachb. Adressen	BAT 5B	0,50	0,00
5		Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C	0,75	1,00
6		Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C	0,75	1,00
7		SachbearbeiterIn Organisation/Gremien	BAT 4B	1,00	2,00
8	Technischer Dienst	Hausmeister	BAT 6B	1,00	1,00
9	Vertrieb	Vertrieb	BAT 3	1,00	1,00
10		Vertrieb	BAT 6B	0,53	0,53
11		Vertrieb	BAT 6B	0,71	0,71
12	Bundesvorstand	BüroleiterIn Vorsitzende/r	BAT 2A	1,00	1,00
13		SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C	1,00	1,00
14		BüroleiterIn Vorsitzende/r	BAT 2A	1,00	1,00
15		SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C	1,00	1,00
16		BüroleiterIn pol. Geschäftsf.	BAT 2A	1,00	1,00
17		SekretärIn pol. Geschäftsf.	BAT 5C	1,00	1,00
18		Sachbearbeitung Fundraising	BAT 5C	0,75	1,00
19		Büroleitung Buvomitglied	BAT 2A	0,50	0,50
20		Büroleitung Buvomitglied	BAT 2A	0,50	0,50
20	Frauenreferat	Frauenreferat	BAT 2A	1,00	1,00
21	Finanzreferat	Finanzbuchhaltung	BAT 3	1,00	1,00
22		Finanzsachbearbeitung	BAT 5B	0,75	0,75
23		Finanzreferentin	BAT 2A	1,00	1,00
24	Presse - und Öffentlichkeitsart	LeiterIn	BAT 1B	1,00	1,00
25 neu		Stv PressesprecherIn	BAT 2A	1,00	0,00
26		Sekretariat Öffentlichkeitsarbeit	BAT 5C	0,50	0,50
27		Mitarbeiterin E-mail Kommunikation	BAT 3	1,00	1,00
28		ÖffentlichkeitsreferentIn Stelle	BAT 2A	1,00	0,50
29		Öffentlichkeitsreferentin halbe Stelle	BAT 2A	0,50	0,50
30	EDV	Internet	BAT 3	1,00	1,00
		SUMME BUNDESGESCHÄFTSSTELLE		26,75	26,49
					1.382.466 €
		abzüglich Kostenanteil Versand BT-Fraktion		-	25.565 €
		zuzüglich pauschal Steigerung um 2% ab 1.9.2003			9.216 €
		Im Haushaltsplan damit eingestellt			1.366.118 €

Der Stellenplan wird geringfügig um 0,26 Stellen erhöht. Eine Verstärkung findet im gesamten Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation statt. (neu 1 Stelle stv. Presse, sowie 0,5 Stelle Öffentlichkeitsarbeit. Gestrichen wurde eine Stelle Gremienbetreuung, einige Aufgaben werden beim Sekretariat der pol.Geschäftsführung aufgefangen, diese Stelle wird darum auch nicht gekürzt,wie vorgesehen. Ebenfalls verlängert wird der Bereich Fundraising, allerdings nicht mehr als ReferentInnenstelle, sondern als Sachbearbeitung.

Mittelfristige Finanzplanung 2002 - 2008

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverband Mittelfristige Planung 2002 - 2008 Euro

NMFP2002

Stand 12.11.2002

nach BTW und BuvoBeschluss

	2002 Euro	2003	2004	2005	2006	2007	2008
1 Haus Berlin	8.616	8.504	8.387	8.262	8.130	7.992	7.847
2 Büroausstattung	377	300	290	280	270	260	250
3 Nicht verfügbares Vermögen	8.993	8.804	8.677	8.542	8.400	8.252	8.097
4 Forderungen LV	149	180	140	130	120	110	100
5 Forderungen andere/Infomaterial	480	971	300	250	250	400	350
6 Geldbestände	703	129	450	245	371	277	257
7 verfügbares Vermögen	1.332	1.280	890	625	741	787	707
8 Summe Aktiva	10.325	10.084	9.566	9.167	9.141	9.038	8.804
9 Verbindlichkeiten LV/KV/Bank	2.341	3.100	1.900	1.200	500	2.200	1.400
10 Verbindlichkeiten andere	74	120	90	90	90	90	90
11 Verbindlichkeit Hauskauf Berlin	6.197	6.085	5.974	5.741	5.494	5.235	4.962
12 Rücklagen	1.130	30	520	1.060	1.875	290	1.105
13 Reinvermögen (ohne Rücklagen) i. I.	583	749	1.082	1.076	1.182	1.224	1.247
14 Summe Passiva	10.325	10.084	9.566	9.167	9.141	9.038	8.804
Gesamt staatl. Grundfinanzierung	7.552	7.552	7.627	7.704	7.781	7.858	7.937
Nachrichtlich Mitgliederzahlen	44.657	46.000	46.460	46.925	47.394	47.868	48.346
15 Einnahmen							
16 Beiträge	1.367	1.408	1.422	1.436	1.450	1.465	1.479
17 Spenden	1.679	1.180	1.198	1.216	1.416	1.216	1.216
18 Wahlkampfschuß LV'e	358	0	0	0	0	0	0
19 Einnahmen Haus Berlin	69	71	73	75	78	80	82
20 Sonstige Einnahmen	169	15	15	15	15	15	15
21 Summe der Eigeneinnahmen	3.641	2.674	2.708	2.742	2.959	2.776	2.793
22 Grundfinanzierung Bund	2.588	2.266	2.288	2.311	2.334	2.358	2.381
23 Summe der Einnahmen Bund	6.229	4.939	4.996	5.053	5.293	5.133	5.174
24 Auflösung Rücklagen	1.729	300	300		2.400		
25 Grundfinanzierung Länder	4.964	5.286	5.339	5.393	5.446	5.501	5.556
26 Gesamteinnahmen	12.923	10.525	10.635	10.446	13.140	10.634	10.730
27 Ausgaben							
28 Personalausgaben	1.306	1.410	1.438	1.467	1.496	1.526	1.557
29 Geschäftsbetrieb	350	324	327	331	334	337	341
30 Zinsbelastung Kredite Bank/LV/KV	84	100	60	35	60	100	60
31 Hauskosten/Finanzierung Berlin	501	501	501	501	501	501	501
32 Gremienkosten	774	509	864	823	764	839	897
33 Bundesvorstand/Parteirat	618	632	642	651	662	672	682
34 Öffentlichkeitsarbeit	194	240	240	240	240	240	240
35 Abschreibungen	84	100	90	85	80	80	80
36 Summe regelm. Ausgaben	3.911	3.816	4.162	4.133	4.136	4.295	4.357
37 Sonderetat Wahlen	3.253	300	300		2.700		
38 Zuschüsse an Gliederungen	4.964	5.286	5.339	5.393	5.446	5.501	5.556
39 Zuführung Rücklagen (Wahlen u. a.)	614	775	825	800	800	800	800
40 Zuführung Renovierungs BGSt Berlin	15	15	15	15	15	15	15
41 Summe Sonderausgaben	8.846	6.376	6.479	6.208	8.961	6.316	6.371
42 Summe der Ausgaben	12.757	10.192	10.641	10.340	13.098	10.611	10.728
43 Gewinn oder Verlust (-)	166	333	-6	106	42	24	1
44 Reinvermögen 31.12.	749	1.082	1.076	1.182	1.224	1.247	1.249
45 Rücklagen/Sondervermögen 31.12.	30	520	1.060	1.875	290	1.105	1.920
46 Gesamtvermögen	779	1.602	2.136	3.057	1.513	2.352	3.168
47 darunter Geldbestände	129	450	245	371	277	257	652

Erläuterungen zur mittelfristigen Finanzplanung

Aufgrund der besseren Wahlergebnisse **entfällt die Notwendigkeit**, den Beschluß des Bundesvorstandes vom Juni 2001 umzusetzen. Dort wurde beschlossen, dass jährlich 450.000 EURO eingespart werden müssen, wenn nicht ein besseres Ergebnis zur Bundestagswahl die Einnahmesituation der Bundespartei deutlich verbessert.

- 1.) Das **Haushaltsist 2001** mit einem Defizit von insgesamt 178.000 Euro ist eingebaut.
- 2.) Der Haushaltsplan 2002 führt in der mittelfristigen Planung zu einem Reinvermögensaufbau von 166.000 Euro. Das liegt daran, dass bereits 340.000 Euro für den Wahlkampf 2002 im Jahr 2001 ausgegeben wurde.
- 3.) Zu Beginn des Jahres 2002 ist das **jetzige Vermögen** in Höhe von 1.713.000 Euro inklusive 583.000 EURO Rücklagen enthalten.
- 4.) Bei der **Büroausstattung** gehen wir von 317.000 EURO zu Beginn des Jahres 2002 aus. Dazu kommt die Fotovoltaikanlage mit einem Wert von 60.000 Euro Die Betriebsausstattung fällt dann jährlich um 20.000 EURO.
- 5.) **Die Forderungen an die Landesverbände** betragen zum 1.1.2002 insgesamt 149.000 EURO
 - a.) Landesverband SLH (Haus)..... 80.214 EURO
 - b.) Landesverband Brandenburg..... 5.894 EURO
 - c.) Offene Rechnungen Versand..... 62.029 EURO

Der Landesverband Schleswig - Holstein tilgt mit ca 8.500 EURO jährlich.

- 6.) Der Bestand des Infomaterialies ist im Jahr 2001 wieder gefallen auf 260.000 Euro. Bis auf Anteile an der TAZ gibt es keine größeren Forderungen. Etwa 10.000 EURO sind AN – und Sonstige Darlehen. Diese beiden Positionen werden ebenfalls eingeschränkt. Im Jahre 2003 stehen unter der Position Sonstige Forderungen **die Forderungen aufgrund der staatlichen Grundfinanzierung für das Jahr 2002**. Der Bundesverband erhält 460.000 Euro mehr aufgrund der Indexerhöhung und 151.000 Euro mehr aufgrund des besseren Wahlergebnisses.
- 7.) Die **Geldbestände** errechnen sich aus der Bilanz. Die Verbindlichkeiten an Bank/LV/KV werden jeweils verändert, um einen positiven Geldbestand zu erreichen. Der maximale Wert wird Anfang 2003 erreicht. Allerdings wird der Betrag von 3.100.000 Euro bereits am 15.2. um 600.000 Euro verringert, da dann die Mittel aus der staatlichen Finanzierung für das Jahr 2002 fließen.
- 8.) Die **Verbindlichkeiten** zum Jahresanfang sind offene Rechnungen.
- 9.) **Verbindlichkeiten Hauskauf**
Wir haben 2 Kredite abgeschlossen 8.500.000 DM bei Ökobank/SGZ mit einer anf. Tilgungsrate von 1,5% oder 127.500 DM und bei der Münchener Hypothekenbank in Höhe von 4 Mio. DM Bei einer Tilgung von 1,5%. In der mittelfristigen sind jetzt jährliche Steigerungen der Tilgung um ca 6.000 EURO eingeplant.
- 10.) **Das Reinvermögen incl Rücklagen entwickelt sich wie folgt:**

2002.....	779.000 Euro
2003.....	1.602.000 Euro
2004.....	2.136.000 Euro

2005.....	3.057.000 Euro
2006.....	1.513.000 Euro
2007.....	2.352.000 Euro

- 11.) Die **staatliche Grundfinanzierung** steigt 2002 um 950.000 Euro im Vergleich zu 2001 aufgrund des Wahlergebnisses zur Bundestagswahl und der Indexerhöhung. Die Indexerhöhung macht für uns etwa 460.000 Euro jährlich aus. Für das Jahr 2002 verbleibt dieser Betrag beim Bundesverband.
- 12.) Die **Beitragszahlen** sind in der Planung jetzt korrigiert auf 46.000. Um diese Zahl zu erreichen müssen die Mitgliederzahlen um etwa 1.500 ansteigen. Jährliche Steigerungsraten von 1% sind eingeplant.
- 13.) Bei den **Spenden von juristischen und anderen Personen** sind in 2001 203.000 EURO eingegangen und in 2002 bis heute 910.000 EURO eingegangen. . Wir planen aufgrund der Erfahrungen im Fundraising jetzt mit jährlich 400.000 Euro.
Ab 2003 gibt es mehr Spenden von den Abgeordneten aufgrund des besseren Wahlergebnisses. Für das Jahr 2004 erwarten wir geringfügig höhere Spenden von den MDEP's. Eingestellt ist das Ergebnis der Wahl 1999, allerdings werden wir dann wieder 3 Abgeordnete mehr haben.
- 14.) Bei den Personalausgaben sind jeweils 2% Tarifsteigerung eingeplant.
- 15.) Die Zinsen für die Liquiditätskredite - überwiegend von grünen Verbänden - betragen in
- | | |
|-----------|--------------|
| 2002..... | 84.000 EURO |
| 2003..... | 100.000 EURO |
| 2004..... | 60.000 EURO |
| 2005..... | 35.000 EURO |
- 16.) Bei den **Gremienkosten** gehen wir ab 2002 von jährlich 1 BDK a 300.000 EURO, zwei Länderräten a 20.000 EURO, einer Frauenkonferenz alle 2 Jahre a 50.000 EURO, 2 Frauenräten a 10.000 EURO, sowie Kosten für Büro Grün 60.000 EURO, Mitgliederzeitung 70.000 EURO, BAG 117.000 EURO Jugend 100.000 EURO, Internet und diverser Aufwand in Höhe von 95.000 EURO aus.
Im Jahr 2003 wird die 2,5 tägige aus dem Wahletat zur Europawahl finanziert.
- 17.) Beim **Bundsvorstand (6)** steigt im Plan das Gehalt um 2%. Der Aufwand beträgt 125.000 EURO, der Parteirat kostet 25.000 EURO.
- 18.) Ab 2001 wird eine jährliche Renovierungsrücklage in Höhe von 15.000 EURO gebildet.
- 19.) Ab 2003 wird eine jährliche Rücklage für SonderBDK in Höhe von 50.000 EURO gebildet..

Abschlußbericht 2001 im Überblick

- 1. Die Bundespartei hat erneut einen Einnahmeausfall im Jahre 2001 in Höhe von 540.000 DM zu verkraften - das macht etwa 3% der geplanten Einnahmen aus. Auf die Bundesebene entfallen hiervon 380.000 DM, oder etwa 4,4%-.**

Bei den Spenden der Abgeordneten und MinisterInnen fehlen im Vergleich zum Plan zum Jahresende 2001 insgesamt 270.000 DM. (165.000 DM fehlen von den Mitgliedern der Bundestagsfraktion, 105.000 DM aus Europa) Das Ergebnis ist zwar deutlich besser als 2000, aber unser Plan ist immer noch nicht erfüllt.

Die Beitragsumlage der Mitglieder fiel um 36.000 DM, da die durchschnittliche Mitgliederzahl im letzten Jahr statt erwarteten 46.500 nur bei 45.600 lag.

Weiterhin mussten wir bei der staatlichen Grundfinanzierung 70.000 DM Ausfall alleine für die Bundesebene verkraften.

Die geplanten Spenden von Privatpersonen und Unternehmen hingegen sind deutlich angestiegen und zwar von 165.000 in 2000 auf jetzt 395.000 DM, davon 330.000 DM (im Vorjahr 105.000 DM) von juristischen Personen.

- 2. Das Volumen der regelmäßigen Ausgaben der Bundespartei liegt um etwa 170.000 DM oder 2,3% über dem geplanten Ansatz.**

Die Hauptgründe hierfür:

- ◆ Nicht eingeplant waren die restlichen Kosten in Höhe von 41.500 DM für die Stelle und den Aufwand ISF. Die erwarteten Spenden, die wir zur Deckung nehmen wollten, sind mit insgesamt 3.500 DM äußerst gering geblieben.
- ◆ Ebenfalls deutlich überzogen sind die beiden Etats Tagungen (130.000 DM) - das liegt insbesondere an der Grundsatzdebatte, die um 80.000 DM höhere Kosten verursacht hat - sowie die Kreditzinsen für die Festgelder, die die Länder und Kreisverbände bei uns angelegt haben (60.000 DM).
- ◆ Die Hauskosten sind überhöht, da wir noch nicht alle Räume im laufenden Jahr vermietet hatten und 25.000 DM für den Makler ausgeben mußten.

Diese Überziehungen konnten durch Einsparungen zum Teil im laufenden Geschäftsbetrieb (-78.000 DM) aufgefangen werden.

Beim Bundesvorstand/Parteirat und bei den Positionen Personal und Öffentlichkeitsarbeit hält sich das Ausgabevolumen im beschlossenen Rahmen.

- 3. Ein Teil des Etats zur Bundestagswahl wurde bereits in 2001 verbraucht, und zwar insgesamt 664.000 DM.**

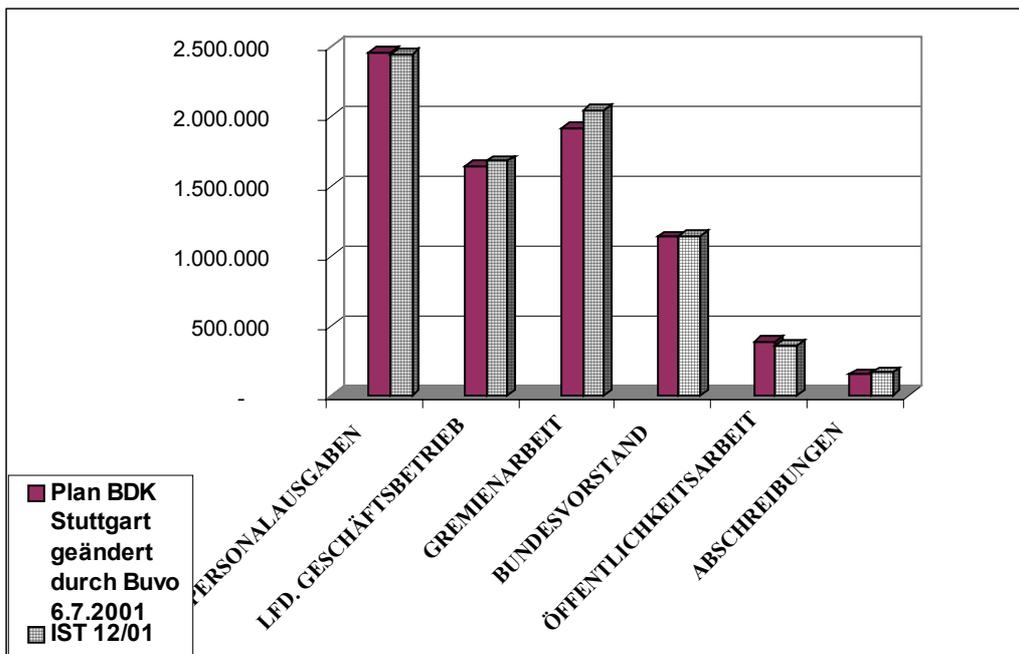
Diese Kosten waren nicht im Haushalt 2001 eingestellt, sondern im Wahletat 2002.

4. Die Tilgung für den Hauskredit ist mit 205.000 DM in der Position 24 eingestellt.

Der tatsächliche Reinvermögensabbau beträgt damit 372.000 DM, oder 178.000 Euro

Nach dem Beschluß des Bundesvorstandes vom Juni 2001 muß dieses Defizit in Höhe von 372.000 DM im Haushaltsjahr 2003 aufgefangen werden.

BV - HAUSHALT 2001 in DM	IST 12/00 Stand 16.8.2001	Plan 12/01 incl Wahl- etatanteil	IST 12/01 Stand 10.04.2002	Abweichung	Prozent
EINNAHMEN	17.639.230	17.855.000	17.314.037	-540.963	-3,0%
EIGENEINNAHMEN	4.102.712	4.700.000	4.388.297	-311.703	-6,6%
STAATLICHE FINANZIERUNG	13.536.519	13.155.000	12.925.739	-229.261	-1,7%
AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	0	0	0	0	0,0%
	0				
AUSGABEN	18.302.256	18.506.753	18.530.883	24.131	0,1%
PERSONALAUSGABEN	2.328.159	2.452.063	2.442.052	-10.011	-0,4%
LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	1.653.739	1.640.450	1.678.393	37.943	2,3%
GREMIENARBEIT	1.931.043	1.914.000	2.039.111	125.111	6,5%
BUNDESVORSTAND	1.049.413	1.137.328	1.139.294	1.967	0,2%
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	396.657	390.000	362.985	-27.015	-6,9%
ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/ISF	311.708	0	41.989	41.989	0,0%
SUMME REGELM. AUSGABEN	7.670.719	7.533.840	7.703.825	169.984	2,3%
	0				
SONDERHAUSHALTE WAHLEN	2.729	664.412	664.412	0	0,0%
ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.476.273	9.208.500	9.048.287	-160.213	-1,7%
ABSCHREIBUNGEN	142.535	150.000	164.359	14.359	9,6%
ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	1.010.000	950.000	950.000	0	0,0%
	0				
Etat - Ausgleich	-663.026	-651.753	-1.216.847	-565.094	



Abschlußbericht 2001 im Detail (in DM)

	GRÜNE BV - HAUSHALT 2001	Plan 12/01 incl Wahletatanteil	IST 12/01 Stand 10.04.2002	Abweichung	Prozent
1	EINNAHMEN	17.855.000	17.314.037	-540.963	-3,0%
2	EIGENEINNAHMEN	4.700.000	4.388.297	-311.703	-6,6%
3	Mitgliederbeiträge	2.790.000	2.741.230	-48.770	-1,7%
4	Spenden der Abgeordneten	1.500.000	1.232.740	-267.260	-17,8%
5	Sonstige Spenden	360.000	395.600	35.600	9,9%
8	Sonstige Einnahmen	50.000	18.728	-31.272	-62,5%
9	STAATLICHE FINANZIERUNG	13.155.000	12.925.739	-229.261	-1,7%
10	Grundfinanzierung Bund	3.946.500	3.877.720	-68.780	-1,7%
11	Grundfinanzierung Länder	9.208.500	9.048.019	-160.481	-1,7%
16	AUSGABEN	18.506.753	18.530.883	24.131	0,1%
17	PERSONALAUSGABEN	2.452.063	2.442.052	-10.011	-0,4%
18	BGST Bonn/Berlin	2.368.063	2.330.954	-37.109	-1,6%
19	Sonstige Personalkosten	84.000	111.098	27.098	32,3%
20	LFD. GESCHAFTSBETRIEB	1.640.450	1.678.393	37.943	2,3%
21	Hauskosten BGST	150.400	151.238	838	0,6%
22	Hauskosten/Zinsen Berlin	870.050	918.838	48.788	5,6%
23	Zinsbelastung Kredite(Länder/Bank)	75.000	135.396	60.396	80,5%
24	Bürobetriebskosten	139.000	127.110	-11.890	-8,6%
25	Telefon, Telefax	89.000	84.916	-4.084	-4,6%
26	Porti	65.000	41.838	-23.162	-35,6%
27	Rechtskosten	12.000	3.433	-8.567	-71,4%
28	Wirtschaftsprüfer	14.000	14.998	998	7,1%
29	Versicherungen	25.000	32.910	7.910	31,6%
30	Kfz-Betriebskosten	6.000	5.891	-109	-1,8%
31	Informationskosten	130.000	112.305	-17.695	-13,6%
32	Bewirtung/Repräs.	15.000	4.076	-10.924	-72,8%
33	Sonstiges	30.000	2.165	-27.835	-92,8%
34	A.o.Ausgaben	20.000	43.278	23.278	116,4%
35	GREMIENARBEIT	1.914.000	2.039.111	125.111	6,5%
36	Tagungen	1.163.000	1.293.910	130.910	11,3%
37	Aufwand BAGs	228.000	194.553	-33.447	-14,7%
39	Aufwand Sonstige	50.000	69.289	19.289	38,6%
40	Mitgliederzeitung	233.000	243.738	10.738	4,6%
41	Internet	50.000	47.621	-2.379	-4,8%
42	Jugendverband	190.000	190.000	0	0,0%
43	BUNDESVORSTAND	1.137.328	1.139.294	1.967	0,2%
44	Personal Bundesvorstand (6 Pers.)	837.328	838.598	1.270	0,2%
45	Aufwand BJVO/Parteirat/Fachkom.	300.000	300.696	696	0,2%
46	ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	390.000	362.985	-27.015	-6,9%
47	Aktionshaushalt BUVO	350.000	349.860	-140	0,0%
48	Aktionshaushalt BAGs	40.000	13.125	-26.875	-67,2%
49	ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/ISF	0	41.989	41.989	0,0%
51	INTERNATIONALER SOLIFONDS	0	41.989	41.989	
52	SUMME REGELM. AUSGABEN	7.533.840	7.703.825	169.984	2,3%
53	SONDERHAUSHALTE WAHLEN	664.412	664.412	0	0,0%
54	Sonderetat Bundestagswahl	664.412	664.412	0	
55	ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	9.208.500	9.048.287	-160.213	-1,7%
56	Grundfinanzierung	9.208.500	9.048.019	-160.481	-1,7%
57	Sonst. Zuschüsse + LTW	0	268	268	
58	ABSCHREIBUNGEN	150.000	164.359	14.359	9,6%
59	Büroausstattung	120.000	145.533	25.533	21,3%
60	Inforderungen/Sonstige	30.000	18.826	-11.174	-37,2%
61	ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	950.000	950.000	0	0,0%
62	Wahlkämpfe	830.000	830.000	0	0,0%
63	Sonderrücklagen BDK	120.000	120.000	0	0,0%
	Etat - Ausgleich	-651.753	-1.216.847	-565.094	

Bilanz

Gesamtjahr 2001

Aktiva	Euro	
	2001	2000
I. Anlagevermögen	8.992.109,78 €	8.855.508,68 €
Haus- und Grundvermögen	8.615.586,76 €	8.600.078,46 €
Geschäftsstellenausstattung	376.523,02 €	255.430,22 €
II. Umlaufvermögen	1.333.188,16 €	895.653,57 €
Finanzanlagen	14.643,40 €	
Forderungen an Gliederungen	149.116,38 €	233.670,28 €
Forderungen auf staatliche Mittel	11.276,16 €	
<u>Geldbestände</u>	<u>703.726,60 €</u>	<u>169.577,42 €</u>
Sonstige Vermögensgegenstände	454.425,62 €	492.405,87 €
Summe:	10.325.297,94 €	9.751.162,25 €
Passiva	2001	2000
I. Reinvermögen	583.042,92 €	1.087.040,49 €
I.a Rücklagen	1.129.955,06 €	644.227,77 €
III. Rückstellungen	32.722,68 €	90.805,44 €
IV. Verbindlichkeiten	8.579.577,28 €	7.929.088,55 €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	2.341.097,65 €	1.165.973,13 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.196.957,96 €	6.323.286,47 €
Sonstige Verbindlichkeiten	41.521,67 €	439.828,95 €
Summe:	10.325.297,94 €	9.751.162,25 €

Zur Erläuterung:

Das Vermögen zu Beginn des Jahres 2001 hat sich mit dem Abschluß 2001 um 1.216.847 DM verringert. Dieser Betrag entspricht 622.000 Euro. Die Tilgung für den Hauskredit (105.000 Euro) mindert nicht das Vermögen, ist aber im Haushaltsabschluß ausgewiesen. Der Abschluß hat sich nochmal geringfügig um Beitragseinnahmen verändert. Es wurden etwa 13.000 DM nachträglich ausgebucht. Zusätzliche 40.000 DM sind noch Spendenforderungen von Abgeordneten. .

RV 1.1.2001 1.087.000 Euro
 abzüglich Defizit- 622.000 Euro
 zzgl Tilgung und Nachbuchung+ 118.000 Euro
 ergibt RV 31.12.2001**583.000 Euro**

Einnahme - Ausgabe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2000 - 2001 in TDM			
	2000	2001	Veränderung
Beiträge und Spenden	26.604	26.714	+ 110
Spenden von Unternehmen	342	1.157	+ 815
Habenzinsen	702	760	+ 58
Veranstaltungen	1.264	1.505	+ 241
staatliche Grundfinanzierung	16.212	15.274	-938
Sonstige Einnahmen	776	1.222	+ 446
<i>Summe der Einnahmen</i>	45.901	46.632	731
Personalausgaben	14.209	14.032	-177
Lfd Gesch.	7.771	7.893	+ 122
Gremien	11.640	12.174	+ 534
Öffentlichkeit/Wahlen	4.785	10.113	+ 5.328
Zinsen	763	956	+ 193
Sonstige	1.464	1.042	-422
<i>Summe der Ausgaben</i>	40.633	46.210	5.577
<i>Veränderung des Vermögens</i>	+ 5.267	+ 422	

Vermögensrechnung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ende 2000 und 2001 in TDM

Grundbesitz	22.011	21.973	-38
Büroausstattung	1.533	1.986	+ 453
Finanzanlagen	1.357	1.335	-22
Forderung staatliche Mittel	39	22	-17
Geldbestände	31.488	30.403	-1.085
Sonstige	2.191	2.185	-6
<i>Summe Aktiva</i>	58.619	57.904	-715
Rückstellungen	941	920	-21
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.265	13.880	-385
Sonstige Verbindlichkeiten	2.316	1.585	-731
<i>Summe der Passiva</i>	17.521	16.385	-1.136
Reinvermögen	+ 41.098	+ 41.519	421